

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND

Nr. 2

d. Arbeiterbew.

SD 17/12

KAMPF DEM FASCHISMUS!

Vor neuen Kraftproben zwischen Arbeit und Kapital

Unübersehbar formiert sich eine rechtsradikale Front, deren Kern die CSU des Franz Josef Strauß ist. Diese Front fordert den Sturz der SPD-FDP-Regierung. Diese Front lehnt die Verträge mit der Sowjetunion und der VR Polen ab und beharrt auf Veränderung der Grenzen in Europa. Diese Front behauptet, sie wolle "das Vaterland retten".

Das deutsche Volk hat seine Erfahrungen mit dieser Art von Vaterlandsrettern gemacht: zwei verlorene Kriege, Millionen von Toten und Krüppeln. Kämen die Rechtsradikalen um Strauß an die Macht, so würde das für uns heißen: Diktatur nach innen, Kriegspolitik nach außen.

Wessen Interessen vertreten die Rechtsradikalen? Ein Häufchen von "Ewiggestrigen", wie SPD und DKP behaupten? Nein! Hinter den Rechtsradikalen steht die Kapitalistenklasse! Das wird ganz deutlich, wenn wir uns die Verbindungen des Franz Josef Strauß und der um ihn konzentrierten rechtsradikalen Front einmal näher ansehen.

Um die SPD-FDP-Regierung zu schwächen, kauften sich die Kapitalisten eine Reihe von FDP-Mitgliedern - darunter Erich Mende und Zoglmann - und ließen die reaktionäre "National-Liberale-Aktion" (NLA) von der FDP abspalten. 400 000 Mark war es den Kapitalisten wert, einen einzigen FDP-Abgeordneten, Geldner, für dieses Unternehmen anzuheuern. Der Alterspräsident des Bundestages, Borm von der FDP, wies auf einige der Geldgeber der NLA hin: der Kaufhauskonzern HORTEN, der der NLA 150 000 Mark spendierte. Der Oetker-Konzern, der schon früher als Geldquelle der NPD genannt wurde, und der an der NLA mit 140 000 Mark beteiligt ist. Der Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow, der Bertelsmann-Konzern, die Melitta-Werke und ein anonymes Kapitalist aus Schleswig-Holstein.

Strauß selbst ist u. a. Aufsichtsratsvorsitzender bei der Airbus-GmbH. Diese wiederum gehört zum Raketen- und Luftwaffenkonzern Messerschmidt-Bölkow, Hauptlieferant der westdeutschen Luftwaffe und Aktionär der NLA. Der CSU-Schatzmeister Pohle ist Gesellschafter des Flick-Konzern. Außerdem besteht über Pohle Kontakt zum "Arbeitskreis Wehrindustrieller" beim Kriegsministerium.

"Sondereinnahmen" in beachtlicher Höhe erhielt Strauß jahrelang von der EDEKA, vom "Münchner Merkur" und vom "Landesverband der bayrischen Industrie". Reich wurde Strauß dann am FIBAG-Geschäft: wegen seiner privaten Beziehungen zum

Inhalt:

KAMPF DEM FASCHISMUS !	1
AKTIONSEINHEIT DRINGEND NOTWENDIG	5
ZUR ROLLE DER SPD UND DER THEORIE VOM "SOZIALFASCHISMUS"	6
ZUR LAGE IN CHILE	11
14. TAGUNG DES ZK DER SED	14
DIE BEVÖLKERUNG DES KAROLINEN- VIERTELS KLAGT AN !	17

US-Kriegsministerium konnte Strauß am Bau von Wohnungen für die in Westdeutschland stationierten US-Besatzungstruppen verdienen. 32 Mio. Mark "spendete" der Schweizer Rüstungskonzern Hispano-Suiza der CDU/CSU für "politische Zwecke". Zum Dank sorgte Strauß dafür - damals noch Kriegsminister - daß die Bundeswehr eine stattliche Zahl völlig unbrauchbarer Schützenpanzer dieser Firma kaufte. Von gewöhnlichen Gangstern unterscheiden sich diese "Retter des Vaterlands" nur dadurch, daß es sich bei ihnen um wesentlich höhere Summen dreht. Entsprechend höher ist der Schaden, den sie dem Volk verursachen. Um Strauß hat sich ein "Freundeskreis" namhafter Kapitalisten gebildet. Dazu gehören: Herbert Quandt, Großaktionär von BMW und beteiligt an

einer Reihe weiterer Konzerne. Friedrich Flick, der schon Geldgeber Hitlers war. Herr von Kuenheim, Vorstandsmitglied bei BMW. Spitzenmanager wie Zahn, Pavel und Burkart. Das Vorstandsmitglied des CDU/CSU-"Wirtschaftsbeirat", Reinhold Kreile. Der SPIEGEL veröffentlichte unlängst das Protokoll einer Sitzung des Strauß-Kreises, die am 29. Nov. 69 stattfand. Damals vereinbarten die Kapitalisten mit Strauß: 1. eine neue Krise müsse dem SPD-Minister Schiller in die Schuhe geschoben werden. 2. die Rechtsradikalen sollten von den Kapitalisten weitere Unterstützung erhalten. Strauß versprach seinerseits, sich um die Berichterstattung des Bayerischen Rundfunk zu "kümmern". 3. Die Diskussion zwischen Kapitalisten und Rechtsradikalen sollte fortgesetzt werden.

HINTER DEN RECHTSRADIKALEN STEHT DIE KAPITALISTENKLASSE!

Als sich mit der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise und dem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung die Lage der deutschen Kapitalisten rapid verschlechterte, rückte die Nazi-Partei in ihr Blickfeld. Bei den Reichstagswahlen September 1930 konnte die NSDAP ihre Mandate nahezu verzehnfachen gegenüber den letzten Wahlen (von 12 auf 107) und wurde damit zum erklärten Favoriten der Kapitalisten. Namentlich durch Vermittlung von Fritz Thyssen (Hauptaktionär der Vereinigten Stahlwerke) und Hjalmar Schacht (Geschäftsinhaber der Darmstädter- und Nationalbank, 1923 bis 30 Reichsbankpräsident) wurden die Beziehungen zwischen Nazi-Größen und Vertretern des Industrie- und Finanzkapitals immer enger und herzlicher. Allein Thyssen rühmte sich 1941 in seinem Buch "Ich bezahlte Hitler", der Nazi-Partei über eine Mio. harter Reichsmark spendiert zu haben. Seit Februar 32 führten die Bergbau-Kapitalisten einen bestimmten Betrag vom Verkauf jeder Tonne Kohlen an die NSDAP ab; insgesamt über eine Mio. Reichsmark. Zur selben Zeit sammelte sich um den späteren "Reichsleiter der SS", Heinrich Himmler, verantwortlich für die Ermordung von Millionen Menschen in den Nazi-KZs, ein "Himmler-Freundeskreis". Dazu gehörten: der erwähnte Hjalmar Schacht, Bankier Schröder vom Kölner Bankhaus Stein, der Kali-Industrielle Rosterg, Otto Steinbrinck vom Flick-Konzern, Albert Vögler von Thyssens Vereinigten Stahlwerken, Rudolf Bingel von Siemens & Halske, Emil Helfrich von der Hamburg-Amerika-Linie, Emil Meyer von der Dresdner Bank und Friedrich Reinhardt von der Commerzbank.

Nach der faschistischen "Machtergreifung" 1933 stießen weitere Kapitalisten zum Himmler-Klüngel, nämlich: Friedrich Flick (der auch jetzt wieder als Gönner der Rechtsradikalen in Erscheinung tritt), Heinrich Bütefisch von der IG Farben, Ritter von Helt von der Deutschen Bank, Helmuth Röhner von Rheinmetall-Borsig, und Karl Blessing, damals Vertreter einer Erdöl-Gruppe, später in der BRD jahrelang Präsident der Bundesnotenbank. Der "Freundeskreis" stellte Himmler für "verschiedene Projekte" allein in den Jahren 1941 bis 43 jährlich 1 Mio. Reichsmark zur Verfügung. Himmlers Projekte zu dieser Zeit: Erfindung immer neuer teuflisch-perfekter Massenvernichtungsmittel für die von der SS geleiteten KZs.

Den ganz großen Durchbruch zum Herzen und zur Brieftasche der Kapitalisten schaffte Hitler mit einer Rede vorm Düsseldorfer "Industrie-Club" (27. Januar 1932), die ihm Thyssen vermittelt hatte. Von dem, was Hitler ihnen versprach, waren die anwesenden Kapitalisten so begeistert, daß nach Schluß der Rede viele von ihren Plätzen aufsprangen, den rechten Arm hochrissen und in Thyssens hysterischen Schrei einstimmten: "Heil, Herr Hitler!" Thyssen selbst schreibt darüber: "Diese Rede machte einen tiefen Eindruck auf die versammelten Industriellen, und als Ergebnis floß eine Zahl von bedeutenden Zuwendungen aus den Quellen der Schwerindustrie in die Kassen der NSDAP."

Einige bürgerliche Historiker behaupten, die Kapitalisten hätten den Faschismus gar nicht gewollt, sondern sich mit ihm bloß "arrangiert", nachdem seine "Machtergreifung" nicht mehr aufzuhalten war. Das ist eine Geschichtsfälschung! Die NSDAP erlitt nach anfänglichen Erfolgen bei den Reichstagswahlen November 32 einen schweren Rückschlag und verlor 34 Mandate, während die KPD 11 dazugewann. Zudem waren die Nazi nach zwei dicht aufeinanderfolgenden Wahlkämpfen fast

pleite. In dieser Situation entschieden die Kapitalisten mit neuen Geldspritzen zugunsten des Faschismus. Für die entscheidenden Wahlen des März 33 erhielt die NSDAP runde 3 Mio. Mark von den Kapitalisten, u.a. vom Krupp-Konzern, von der IG Farben, Siemens, AEG und den Kohle-Syndikaten.

Diese Investition zahlte sich für die Kapitalistenklasse aus. Hitler hielt Wort. Noch während des Wahlkampfes wurden allein in Preussen 4000 Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet. Juli 33 gab es nach offiziellen Angaben bereits 18 000 KZ-Häftlinge. In aller kürzester Zeit war die deutsche Arbeiterbewegung fast völlig zerschlagen. Die größten Opfer brachte der politisch bewußteste Teil der deutschen Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei: bis Herbst 34 waren etwa 2000 Kommunisten von den Nazis ermordet worden; 60 000 waren in Zuchthäusern und KZ.

Die gesamte Wirtschaft wurde völlig auf das "Führerprinzip" umgestellt, das den Kapitalisten alle Macht gab, während die Arbeiter als sogenannte "Gefolgschaft" in die Rolle von Leibeigenen herabgedrückt wurden.

Der relative wirtschaftliche Aufschwung seit 1933 kam einseitig den Kapitalisten zugute. In dieser Zeit sank der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen von 64% im Jahr 1932 auf 57% im Jahr 1938. Ein bürgerlicher Ökonom stellt fest: "Während der Index der Industrieproduktion von 1932 bis 36 um 82% zunahm, stieg im gleichen Zeitraum das Realeinkommen aus Lohn und Gehalt nur um 38%." "Während das Lohn- und Gehaltseinkommen von 1932-36 nur um 37% zunahm, stieg das Einkommen aus Handel und Gewerbe im gleichen Zeitraum um 77% an. Berücksichtigt man außerdem noch die Steigerung der unverteilten Gesellschaftsgewinne, die um über 400% zunahm, ... so ergibt sich auf den ersten Blick die Tatsache, daß die Unternehmer von der Konjunktur weit aus am stärksten profitierten." (Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Westberlin 1958)

NEUE OSTPOLITIK - KEINE GARANTIE FÜR DEN FRIEDEN

Die DKP möchte die faschistische Gefahr verniedlichen. Die DKP versucht, den Eindruck zu erwecken, als wäre es das Hauptziel der Rechtsradikalen, "den Moskauer Vertrag zu Fall zu bringen". Entsprechend will uns die DKP den Kampf für die Ratifizierung (= Annahme durch den Bundestag) des Moskauer Vertrages als zentrale Aufgabe aufdrängen. Das ist ungefähr dasselbe, als würde in einem brennenden Haus jemand die Parole ausgeben, es käme jetzt alles darauf an, die Fenster gut zu putzen. Wer so handelt, stiftet nur Verwirrung

Die Profite der Kapitalisten stiegen allein in den Jahren 1933 bis 1938 um 50-100%, wozu noch beträchtliche Extragewinne aus der "Arisierung", d.h. dem Diebstahl enteigneter "jüdischer Unternehmen", kamen. Hauptakteure bei der "Arisierung" waren die Großbanken, die die Transaktionen vermittelten und dafür sorgten, daß sie selbst dabei nicht zu kurz kamen. Mit Kriegsbeginn taten sich neue Profit-Quellen auf. Da war die zunehmende Rüstungsproduktion, die Ausplünderung der besetzten Gebiete und die Rekrutierung ausländischer Zwangsarbeiter. Allein der Krupp-Konzern beschäftigte etwa 100 000 ausländische Sklaven-Arbeiter, darunter ein großer Teil Kinder, die gadenlos zu Tode gewirtschaftet wurden. Außerdem hatten die meisten Großkonzerne eigene Produktionsstätten in den KZs. So u.a. die IG Farben, Krupp, Siemens & Halske, Daimler-Benz und Henschel. Die abgewirtschafteten Arbeitskräfte kamen in die Gaskammern. Selbst daran verdienten die Kapitalisten noch. So die IG Farben, die das Todesgas "Zyklon B" herstellte.

Das Potsdamer Abkommen sah die Bestrafung der Kriegsverbrecher und ihre endgültige Entfernung aus dem politischen Leben Deutschlands vor. Die Konzerne der Kriegsverbrecher sollten dem Potsdamer Abkommen zufolge aufgelöst werden.

Nur in der DDR wurde diesem Abkommen entsprechend der Faschismus mit der Wurzel ausgerottet. Dagegen wurde in den drei Westzonen den Kapitalisten alle Macht zurückgegeben und der deutsche Imperialismus als Speerspitze gegen die sozialistischen Länder wiederhergestellt.

Die Kapitalisten sehen in Strauß ihren neuen Hitler

Die Kapitalisten meinen Strauß, wenn auf der Konferenz der "Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) der Eröffnungsredner, Professor Besson, erklärte, die Kapitalisten brauchten wieder "Führerpersönlichkeiten, die die Bevölkerung mitreißen." Pech der Kapitalisten ist nur, daß wir gar nicht daran denken, uns von ihnen in eine neue Katastrophe "mitreißen" zu lassen!

und hilft damit den Kapitalisten.

Daß die Revisionisten ausgerechnet die "Neue Ostpolitik" zur zentralen Frage einer Aktionseinheit machen wollen, beweist nur, daß sie das wahre Ausmaß der auf die Arbeiter zukommenden Gefahr noch gar nicht erkannt haben. Im Rahmen der Diskussion über Strategie und Taktik einer antifaschistischen Aktionseinheit ist es daher nicht überflüssig, unsere Einschätzung der "Neuen Ostpolitik" kurz anzugeben.

Die "Neue Ostpolitik" ist nach dem Scheitern des "Kalten Krieges" und dem vorläufigen Zusammenbruch der

"Achse Bonn-Paris" eine neue Form imperialistischer Politik, mit dem Ziel, die ökonomische Expansion des westdeutschen Kapitals und die politische Zersetzung der sozialistischen Staaten voranzutreiben.

Die "Neue Ostpolitik" geht darauf aus, die DDR innerhalb des revisionistischen Lagers zu isolieren und sie dadurch zu politischen Kompromissen mit dem westdeutschen Imperialismus zu zwingen. Das wird an folgender Tatsache ganz deutlich: die Brandt/Scheel-Regierung schloß zuerst einen "Gewaltverzichtsvertrag" mit der Sowjetunion und der VR Polen. Die BRD hat mit diesen Ländern gar keine gemeinsame Grenzen, wohl aber mit der DDR. Wäre es nicht logisch gewesen, zuerst einmal mit der DDR einen Vertrag abzuschließen? In der Tat! Das wäre logisch gewesen, wenn die "Neue Ostpolitik" nicht ausgerechnet auf Isolierung der DDR gerichtet wäre. Besonders übel ist dabei, daß die westdeutsche Regierung zwar gegenüber der Sowjetunion mit zweideutigen Formulierungen die Grenzen der DDR anerkannt hat (als wäre die DDR ein Protektorat der Sowjetunion), andererseits aber auf dem Anspruch der "Wiedervereinigung Deutschlands", d.h. der Einverleibung der DDR und Westberlins, beharrt.

Die westdeutschen Imperialisten haben jahrelang die bloße Existenz der DDR gelehnt und behauptet, es handle sich um eine "sowjetisch besetzte Zone". Auch die Brandt/Scheel-Regierung bleibt bei allen "neuen Akzenten" doch bei der alten Praxis. Die Regierungen der Sowjetunion und der VR Polen haben sich darauf eingelassen, dieses gefährliche Spiel mitzumachen und haben Separat-Verträge mit der westdeutschen Regierung abgeschlossen, statt zuerst einmal die Imperialisten zu veranlassen, ihre Ansprüche auf die DDR aufzugeben. Noch trauriger ist es, daß Walter Ulbricht sich dazu hergab, die Verträge der BRD mit der Sowjetunion und VR Polen als "Garantie für den Frieden in Europa" anzupreisen. Mit dieser Auffassung steht Ulbricht in Opposition zu realistischen Kräften in der SED selbst.

Verträge sind für die Imperialisten immer nur ein Stück Papier gewesen. Hatten nicht die Nazis solche Verträge mit vielen Ländern, die sie später überfielen? Nun auf einmal soll das eine "Garantie für den Frieden" sein? Und das, obwohl die Imperialisten ausdrücklich ihre Ansprüche auf die DDR aufrechterhalten? Und das, obwohl die Imperialisten die "Regelung der Berlin-Frage" in ihrem Sinn erpresserisch zur Voraussetzung der bisher abgeschlossenen Verträge machen?

Es sind schließlich die Imperialisten selbst, die unter dem Aushängeschild der SPD-FDP-Regierung im In- und Ausland Illusionen über einen angeblichen "politischen Wandel in der Bundesrepublik" nähren möchten.

Worin drückt sich denn dieser "Wandel" aus? In einer Erhöhung der Rüstungsausgaben! Im immer frecheren Auftreten der Rechtsradikalen und intensiver Unterstützung dieser Kräfte durch die Kapitalisten! Im offenen Umbau des "Bundesgrenzschutz" zur Bürgerkriegsarmee gegen die sich ihrer Interessen bewußt werdenden Arbeiter! In der Verschärfung der Ausländergesetze! Ein schöner "Wandel"! Die Imperialisten haben die Weichen also keineswegs auf "Frieden und Entspannung" gestellt. Ganz im Gegenteil! Die DKP spielt eine sehr schlechte Rolle, wenn sie trotzdem kühn behauptet: "Der Moskauer Vertrag bedeutet eine Fessel für die Militaristen, für die Kräfte des Krieges, für die Feinde jeder demokratischen Reform!" (Aufruf der DKP "an alle Demokraten").

Die Revisionisten erweisen die Haltlosigkeit ihrer eigenen Argumentation, wenn sie einerseits behaupten: "Der Moskauer Vertrag nutzt allen, mit einer Ausnahme. Er schadet denen, die sich an der Rüstung gesund stoßen, die den Profit über das Leben der Mitmenschen stellen." Andererseits aber einige Absätze später meinen: "Der Moskauer Vertrag öffnet den Zugang zum krisenfreien sozialistischen Weltmarkt, zu einem Ozean des Absatzes." ("Die fünf großen Vorteile des Moskauer Vertrages")

Die DKP unterscheidet also sehr fein zwischen "guten" und "bösen" Kapitalisten. Den "bösen" Kapitalisten schadet angeblich die "Neue Ostpolitik", während die "guten" zur Belohnung mal ordentlich im "Ozean des Absatzes" schwimmen dürfen.

Aber: wer sind denn die braven Kapitalisten der DKP, die auf dem osteuropäischen Markt landen können? Das sind natürlich gerade die großen Monopole und Konzerne. Das sind Krupp, Flick, Thyssen, die wir Kommunisten eigentlich eher zu denen rechnen, "die sich an der Rüstung gesund stoßen". Die "Neue Ostpolitik" hilft ihnen, ihr Schäfchen ins Trockne zu bringen. Gleichzeitig unterstützen sie jedoch deren rechtsradikale Gegner.

Das ist typisch für die Politik der Kapitalisten. Genauso war es 1918 nach dem verlorenen Krieg: den Kapitalisten blieb gar nichts anderes über, als das Friedensdiktat zu unterzeichnen. Sie schoben das aber der SPD zu und entfachten gleichzeitig eine wilde nationalistische Hetze gegen diesen Vertrag. Gewisse Sachen können die Kapitalisten eben nur von der SPD machen lassen, aber sie sind weit davon entfernt, ihr dafür irgendwie dankbar zu sein.

Im Grunde derselben Fehleinschätzung wie die DKP verfallen einige Super-"Linke". So behauptet die Zeitschrift "Roter Morgen" in der Dezembernummer, es gäbe "zwei Fraktionen" der Kapitalistenklasse, nämlich eine, die den "westeuropäischen Weg" gehen will (die "bösen" Kapitalisten der DKP) und eine andere, die den "osteuropäischen Weg" gehen will (die "guten" Kapitalisten der DKP).

So oder so führt die Spekulation auf eine Spaltung der Kapitalistenklasse in entgegengesetzte "Fraktionen" zu verhängnisvollen Schlussfolgerungen. Ohne die Widersprüche zwischen den einzelnen Kapitalisten zu bagatellisieren, gibt es doch keine besondere kapitalistische "Fraktion", die sich auf einen "osteuropäischen Weg" einrichtet, oder - wie die DKP formuliert - sich auf "friedlichen Handel und Wandel" einlassen würde.

Derartige Theorien führen zwangsläufig zu einer Fehleinschätzung der Klassenkräfte, die hinter den Rechtsradikalen stehen. Da sieht sogar die bürgerlich-liberale "Frankfurter Rundschau" klarer, die am 14. Dezember richtig feststellte: "Arbeitgeber nur mit der CSU ganz zufrieden". Anlaß für diese Meldung war der Jahresbericht der "Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" (BDA). Der Jahresbericht des BDA lobt besonders die "klare gesellschaftspolitische Linie" der CSU und ihr "eindeutiges Bekenntnis zum Privateigentum". Dagegen wird die CDU kritisiert, nicht genug für die Kapitalisten getan zu haben.

Das unterstreicht unsere Feststellung: Hinter den Rechtsradikalen steht die Kapitalistenklasse!

AKTIONSEINHEIT dringend notwendig

Auch in der bürgerlichen Demokratie wird die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt, hat sie immer nur sehr beschränkte Rechte, während die eigentliche Macht außerhalb des Parlaments von den Kapitalisten ausgeübt wird.

Die bürgerliche Demokratie ist zugleich immer die Diktatur der Kapitalistenklasse, und die Gefahr eines neuen Faschismus besteht, solange die Produktionsmittel im Privatbesitz der Kapitalisten sind. Noch nie hat eine herrschende Klasse Macht und Besitz freiwillig aufgegeben. Die Kapitalisten werden immer wieder in Bürgerkrieg und Terror ihre Zuflucht suchen, wenn sie ihre Herrschaft bedroht sehen. Daher muß auch der antifaschistische Kampf unter dem Gesichtspunkt der Überwindung des kapitalistischen Systems gestellt werden.

Das bedeutet aber nicht, daß sich die Kommunisten auf den Standpunkt des "alles oder gar nichts" stellen, gegenüber dem Kampf um die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte einen geringgeschätzten Standpunkt einnehmen würden. "Solange wir nicht an die Stelle der bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie, die Diktatur des Proletariats setzen können, ist das Proletariat daran interessiert, sich jedes Stück bürgerlicher Demokratie zu erhalten, und benutzt es, um die Massen auf die Überwindung der Kapitalistenherrschaft, auf die Errichtung der proletarischen Demokratie, vorzubereiten." (Wilhelm Pieck, VII. Weltkongress der KOMINTERN, August 1935)

Der Faschismus ist die brutalste, für die Arbeiterklasse gefährlichste Form der Kapitalistenherrschaft. Die Arbeiterklasse tritt daher am entschiedensten gegen den Faschismus auf, weil sie am stärksten von ihm bedroht und betroffen ist. Die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Freiheiten, die Verteidigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gegen die Angriffe der Kapitalisten - darauf können die Arbeiter nicht verzichten. Wo immer die Arbeiter diesen Kampf führen, stehen Kommunisten mit in der ersten Reihe, ohne deshalb die Unzulänglichkeit und Begrenztheit eines solchen Kampfes ausser acht zu lassen.

Die Kommunisten vertreten am entschiedensten die Aktionseinheit, das gemeinsame Handeln aller Antifaschisten. Die Kommunisten machen diese Aktionseinheit nicht von Bedingungen abhängig. Wer dieses gemeinsame Handeln ablehnt, hilft den Faschisten. Das tut heute wie vor 1933 die SPD-Führung, die kürzlich ausdrücklich das Verbot erneuerte, Mitglieder der SPD dürften keine gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten machen. Im Zuge dieser Politik wurden im Dezember 24 sozialdemokratische Genossen aus der SPD ausgeschlossen, deren einziges "Verbrechen" es war, ein Flugblatt zusammen mit den Revisionisten unterzeichnet zu haben. Unbewußt helfen den Faschisten aber auch einige Super-"Linke", die die "Rrrrevolution" anscheinend im Alleingang machen wollen und die jede Aktionseinheit gegen die faschistische Gefahr entrüsten als "revisionistisch" ablehnen.

Wenn wir sagen, daß die Kommunisten für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen stellen, keinen "Führungsanspruch" haben, so lehnen wir allerdings genauso entschieden die revisionistische Auffassung ab, zugunsten der Aktionseinheit sollte "Alles Trennende in den Hintergrund treten". Aktionseinheit bedeutet keineswegs Vertuschen vorhandener Gegensätze; im Gegenteil gewinnt gerade in der Aktionseinheit und angesichts der faschistischen Gefahr die Diskussion über Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung noch an Bedeutung. Die Kommunisten werden an dieser Diskussion teilnehmen. "Wir knüpfen die Schaffung der Einheitsfront an keinerlei "Bedingung", sondern stellen lediglich die Frage des gemeinsamen Kampfes für die nächsten Forderungen der Arbeiterschaft, bei gleichzeitiger Entlarvung der sozialdemokratischen Spaltungs- und Zersplitterungspolitik. Wir lassen uns aber auch keine Bedingungen stellen, wie etwa die Abschwächung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie oder den Verzicht auf die Propaganda unserer revolutionären Prinzipien." (W. Ulbricht, Tiefer in die Massen, in: Die Internationale, September/Oktober 32)

Die SPD-Führung ist zur Zeit sehr bemüht, sich gegen "kommunistische Lockungen" abzugrenzen. So schimpfte etwa Kriegsminister Helmut Schmidt Mitte Dezember im SPD-Parteipräsidium "Vorwärts" auf die "Kommunisten, die uns einreden wollen, ihr und unser Sozialismus seien dasselbe, und uns zur 'Aktionseinheit' aufrufen." Helmut Schmidt wachte sich gegen eine angebliche "Einmischung von außen, denn Sozialismus im Munde Honeckers ist vom Sozialismus des Godesberger Programms genauso weit entfernt wie Einparteienherrschaft von parlamentarischer Demokratie."

Helmut Schmidt soll uns mal die Kommunisten zeigen, die gegenüber der SPD behaupten, "ihr und unser Sozialismus sei dasselbe". Sowas gibt es nur in der Phantasie von Helmut Schmidt. Der "Sozialismus" der SPD-Führung heißt: Herrschaft einiger Dutzend Multimillionäre, während Millionen von Arbeitern kaum mehr besitzen als ihre Arbeitskraft. Das als "Sozialismus" zu bezeichnen, ist eine ziemliche Dreistigkeit. Was die Kommunisten Sozialismus nennen, und was die SPD dafür ausgibt, das ist wahrhaftig nicht "dasselbe". "Dasselbe" ist jedoch die kapitalistische Ausbeutung, die sozialdemokratische genauso wie kommunistische Arbeiter im Betrieb erfahren. "Dasselbe" ist die Gefahr, die für alle Arbeiter - unabhängig von ihrem Parteibuch - von der rechtsradikalen Front um Franz Josef Strauß ausgeht. Die Kommunisten wollen niemanden "umarmen", krampfhaft "Gemeinsamkeiten" entdecken, wo keine sind. Natürlich gibt es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten große politische Differenzen. Aber das bedeutet nicht, daß zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten es keine Aktionseinheit gegen die Rechtsradikalen geben darf.

Die SPD-Führung will die Aktionseinheit zwischen Arbeitern verschiedener politischer Richtungen verhindern, betreibt aber aktiv die "Konzertierte Aktion" mit den Kapitalisten. Spaltung der Arbeiterklasse, aber "Konzertierte Aktion" mit den Kapitalisten - das ist widersinnig und für die Arbeiter völlig unannehmbar!

Natürlich haben die Super-"Linken" Unrecht, die sich und anderen einzureden versuchen, die SPD hätte "ihren Einfluß auf die Arbeiter verloren" u.ä. Die Sozialdemokratie hat nach wie vor das Vertrauen und die Unterstützung der großen Mehrheit der Arbeiterklasse. Aber wohin führt dieses Vertrauen die Arbeiterklasse? Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß ihr Vertrauen in die Sozialdemokratie die Arbeiter immer wieder in blutige Katastrophen geführt hat und sie dem Sozialismus keinen Schritt näher gekommen sind.

1914 Die SPD, zu Engels Lebzeiten noch die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats, stimmt den Kriegskrediten für die Imperialisten zu. Und nicht nur das: sie unterstützt sogar aktiv und propagiert selbst den imperialistischen Raubkrieg als "Vaterlandsverteidigung", "Verteidigung der nationalen Ehre" usw. Mit der Demagogie der "Vaterlandsverteidigung" aber wurden Millionen Arbeiter gegeneinander in den Tod geschickt, für nichts als die Eroberungsinteressen "ihrer" Kapitalisten.

1918 Die deutsche Arbeiterklasse, an ihrer Spitze die streikenden Arbeiter der Rüstungsbetriebe und die Soldaten der Marine, machten dem Morden ein Ende und verjagten den Kaiser. Begeistert vom Beispiel der russischen Oktober-Revolution kämpften die deutschen Arbeiter für den Sozialismus, für eine Räte-Republik. In dieser Situation rettete die SPD-Führung den Kapitalismus. Die überall in Deutschland ausbrechenden Arbeiteraufstände wurden blutig niedergeschlagen. Zu diesem Zweck bewaffnete die SPD-Führung die alten reaktionären Kräfte, die schärfsten Feinde der bürgerlichen Demokratie und stellte damit selbst die Weichen zur Beseitigung der bürgerlichen Republik 1933.

1933 Die SPD-Führung verhindert die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Sie rät den Arbeitern, "Ruhe zu bewahren" und nicht gegen den Faschismus zu kämpfen, sondern sich auf die angeblich kommende "große Stunde" vorzubereiten, wo sie dann von der SPD zum Kampf gerufen würden. Diese "große Stunde" kommt nie. Was kommt, ist der Faschismus. Nicht wenige SPD-Führer blickten sich jetzt bei den Nazis an, in der Hoffnung, sich mit ihnen zu "arrangieren" und bei der Postenverteilung berücksichtigt zu werden. Das erweist sich als Irrtum. Genauso wie die KPD wird auch die SPD verboten und weitgehend zerschlagen. Selbst jetzt noch wachte sich aber der Prager Exil-Vorstand der SPD gegen die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten. Dadurch zementierten die SPD-Führer die Spaltung der Arbeiterklasse und stärkten die Nazi-Diktatur.

1945 Während des Krieges hatte der Exil-Vorstand der SPD eifrig soziale Demagogie betrieben und für die Nachkriegszeit antikapitalistische Reformen versprochen. Die SPD-Führung war zu diesem Manöver gezwungen, weil unter dem Eindruck der Nazi-Diktatur viele Sozialdemokraten erkannten, daß man das faschistische Übel mit der Wurzel ausrotten müsse, daß aber diese Wurzel der Kapitalismus ist.

Nach Kriegsende jedoch machte die SPD-Führung, statt den Kapitalismus zu bekämpfen, in wildem Anti-Kommunismus. Gegen den Widerstand vieler Sozialdemokraten verhinderte die SPD-Führung ein Übergreifen des in der Ostzone vorgenommenen Zusammenschlusses zur SED auf die drei Westzonen. In der folgenden Zeit setzte sich zwar die SPD-Führung gezwungenermaßen mit einer schein-oppositionellen Demagogie an die Spitze der Widerstandsbewegung gegen das reaktionäre und arbeitfeindliche BVG, gegen die Wiederaufrüstung, gegen die Atom-Bewaffnung, aber nur, um diese Bewegungen

sich umso schneller totlaufen zu lassen, damit verhinderte die SPD jedesmal einen Erfolg der um ihre Rechte und Interessen kämpfenden Arbeiter. Natürlich wurde auch das KPD-Verbot von der SPD-Führung lebhaft "begrüßt".

1966

Die SPD wird von den Kapitalisten jedesmal dann vorgeschoben, wenn es gilt, "den Karren aus dem Dreck zu ziehen", wenn also die Kapitalisten in Schwierigkeiten geraten sind. So war es auch 1966. Nach fast 20jähriger CDU/CSU-Herrschaft steuerte die westdeutsche Wirtschaft auf ihre bis dahin schwerste Krise zu. Außenpolitisch war der ehrgeizige Versuch einer "Achse Bonn-Paris" vorläufig gescheitert. Die zunehmende Annäherung der sowjetischen Führer an den US-Imperialismus drängte die westdeutschen Imperialisten mehr und mehr auch gegenüber den anderen kapitalistischen Mächten in die Rolle eines "Störenfriedes". So kam es Ende 1966 zur Bildung der Großen Koalition. Die Aufgabenstellung dieser Koalition wird daran sichtbar, daß gerade das Außenministerium und das Wirtschaftsministerium durch SPD-Minister repräsentiert wurden.

Die Regierung der Großen Koalition half den Kapitalisten mit hohen staatlichen Krediten wieder auf die Beine und ermöglichte damit große Investitionen. Die Krise ging direkt über in eine bis dahin nicht gekannte Gewinn-Explosion. Zu dieser Gewinn-Explosion trug bei, daß die SPD mit "konzertierter Aktion" und "Lohnleitlinien" dafür sorgte, daß die Löhne weit hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückblieben.

Die Regierung der Großen Koalition beschloß die Notstandsgesetze, die Teil der Bürgerkriegsvorbereitungen der Kapitalisten sind. Die Regierung der Großen Koalition gab aber auch "grünes Licht" für die Gründung der DKP.

Die Große Koalition leitete eine außenpolitische Offensive ein und erreichte es in der Tat durch geschickten Einsatz von SPD-Politikern, die Isolierung zu durchbrechen, in die der westdeutsche Imperialismus sich hineinmanövriert hatte

IMMER WIEDER: VERRAT AN DER ARBEITERKLASSE

Aus der Geschichte der Sozialdemokratie- und zwar nicht nur der deutschen - ergibt sich eine klare und bestimmte Schlussfolgerung: es ist die Geschichte des fortwährenden Verrats an der Arbeiterklasse. Sozialdemokratische Politik ist nicht Politik der Arbeiterklasse, sondern ist eine Herrschaftsform der Kapitalisten.

Das hat nichts zu tun mit dem Willen dieses oder jenen SPD-Politikers. Die Revisionisten sind daher völlig auf dem Holzweg, wenn sie darüber jammern, die SPD-Führer hätten "keine Lehren aus der Geschichte gezogen".

Wie Lenin sagt, "ist die bürgerliche Arbeiterpartei unvermeidlich und typisch für alle imperialistischen Länder". (Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Oktober 1916). Es ist der Imperialismus selbst, der unvermeidlich "bürgerliche Arbeiterparteien" hervorbringt. Lenin schrieb im selben Artikel: "Tatsache ist, daß bürgerliche Arbeiterparteien als politische Erscheinung schon in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entstanden sind, daß ohne entschieden, schonungslosen Kampf auf der ganzen Linie gegen diese Parteien... weder von einem Kampf gegen den Imperialismus, noch von Marxismus, noch von einer sozialistischen Arbeiterbewegung die Rede sein kann. ... Wir haben nicht den geringsten Grund zur Annahme, daß diese Parteien vor der sozialen Revolution verschwinden können."

Wir leben in der Epoche des Imperialismus. Imperialismus ist, wie Lenin sagt, "das höchste Stadium des Kapitalismus", ist monopolistischer, verfallender und parasitärer Kapitalismus. Von ihren hohen Profiten - besonders aus der Ausbeutung der "unterentwickelten Länder" - kaufen sich die Kapitalisten Teile der Arbeiterklasse ein.

Dabei geht es natürlich nicht darum, ob nun der eine oder andere SPD- oder Gewerkschaftsfunktionär direkt von den Kapitalisten bestochen ist, oder ob er "subjektiv ehrlich", aber politisch, in seinem Denken und seiner Handlungsweise, von den Kapitalisten korumpiert ist. Wenn Marx einmal sagte, daß jede Minute kapitalistischer Produktion auch kapitalistisches Gedankengut schafft, dann gilt das erst recht für das imperialistische Stadium des Kapitalismus.

Es macht gerade das Wesen der "bürgerlichen Arbeiterpartei" aus, daß sie nur an der Spitze offen sozial-imperialistisch ist, d.h. "sozialistisch" in Worten, aber im Interesse der Imperialisten in ihren Taten. Und daß andererseits sich die bürgerliche Arbeiterpartei zur Basis hin "radikalisiert", sodaß große Teile des unteren Apparats "subjektiv ehrlich" sind, in vielen Punkten in Opposition zur Partei-Führung stehen und ganz gewiß keine Sozial-Imperialisten sind. Anders wäre es gar nicht möglich, großen Teilen der Arbeiterklasse eine Politik aufzuzwingen, die objektiv ihren Interessen völlig entgegengesetzt ist. Ohne die "subjektive Ehrlichkeit" des unteren Apparats wäre die Sozialdemokratie längst zusammengebrochen. Die "subjektive Ehrlichkeit" des unteren Apparats ist aber zugleich die Schwäche der Sozial-Imperialisten.

Die Kapitalisten haben zwei verschiedene Herrschaftssysteme entwickelt, die sie entsprechend den Gegebenheiten anwenden: einerseits die Methode offener Gewalt, andererseits die Methode scheinbarer "Zugeständnisse" und "Reformen". Die SPD ist in Deutschland das Hauptinstrument der zweiten Art von Politik.

Die SPD wird von den Kapitalisten immer dann

vorgeschoben, wenn den Arbeitern bestimmte Opfer abverlangt werden, die Kapitalisten aber nicht stark genug sind, diese zu erzwingen. Die SPD hat dann die Aufgabe, mit Hilfe der Partnerschafts-Ideologie ("Wir sitzen alle in einem Boot") und der Klassen-Zusammenarbeit ("Konzertierte Aktion"), die Arbeiter dazu zu bringen, daß sie unter Zurückstellung ihrer eigenen Interessen den Kapitalisten den Karren aus dem Dreck ziehen.

Ähnlich ist es in der Außenpolitik. Da die brutale Form des "Kalten Krieges" vorläufig gescheitert ist, setzen die Kapitalisten die Sozialdemokratie ein, um ihre Absichten durchzusetzen.

Zur "Theorie des Sozialfaschismus"

Es gibt nun einige Super-"Linke", die eine Neuauf-
lage der sogenannten "Theorie des Sozialfaschis-
mus" versucht haben. Die Super-"Linken" stehen
im Widerspruch, objektiv von der kleinbür-
gerlichen Studenten-Revolution herzukommen, aber
subjektiv "in der Tradition der Arbeiterbe-
wegung" stehen zu wollen.

Zur Unterbrechung dieses Anspruchs greifen die
Super-"Linken" einige Brocken aus der Geschichte
der Arbeiter-Bewegung heraus. Ihr kleinbür-
gerlicher Klassen-Instinkt läßt sie dabei mit töd-
licher Sicherheit gerade nach solchen Theorien
und Einschätzungen greifen, mit denen die Ar-
beiterklasse schon in der Vergangenheit Schiffbruch
erlitten hat.

Was lehrt die Geschichte?

So ist es auch mit der "Theorie des Sozialfa-
schismus". Lenin hat einmal darauf hinge-
wiesen, daß man aus einer an sich richtigen Sa-
che mühelos eine Riesendummheit machen kann,
indem man sie "konsequent" übertreibt: "Man
braucht aber nur einen kleinen Schritt weiter zu tun-
offenbar in derselben Richtung - und die Wahrheit
verwandelt sich in einen Fehler".
Richtig war an der Theorie vom Sozialfaschismus,
daß sich im Rahmen der Faschisierung der gesam-
ten kapitalistischen Gesellschaft (Ende der 20er
Jahre) natürlich auch die SPD-Führung in diese
Richtung entwickelte. Daraus wurden aber in der
KPD zeitweise falsche Schlussfolgerungen gezogen.

In ihren extremen Auswüchsen wurden diese Fehler
auch von der KPD-Führung bekämpft. So etwa
1930 die "Theorie" Merkers und seines Anhangs.
Merker ging soweit, jeden sozialdemokratischen
Arbeiter, selbst die Wählerschaft der SPD, für
"sozial-faschistisch" zu erklären. Die sozialde-
mokratischen Arbeiter seien belleibe keine "irre-
geleiteten Klassenbrüder", sondern "das Funda-
ment des Sozialfaschismus überhaupt" und müßten
daher von den Kommunisten "bis zur politischen
Vernichtung" bekämpft werden. Gerade die "ehr-
lichen Reformisten" seien der "Hauptfeind".
Merker behauptete: "Die sozialfaschistische Be-

indem die SPD alle möglichen Illusionen über den
Charakter der bürgerlichen Demokratie verbreitet
und gegen den Sozialismus hetzt, indem sie bei
Bedarf auch einmal "linke" Phrasen drischt und an
Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpft, bildet
sie eine wichtige Position der Kapitalisten inner-
halb der Arbeiterbewegung, eine Agentur der Kapi-
talisten.

Die SPD verspricht den Arbeitern seit mehr als
50 Jahren einen "demokratischen Sozialismus".
Aber wo bleibt dieser? In Wahrheit hat die SPD
nicht einmal Schönheitsreparaturen am Kapitalismus
durchzusetzen vermocht.

wegung ist... keineswegs eine bessere oder eine
friedlichere Bewegung als die nationalfaschistische.
Sie ist der stärkere Teil der vorhandenen faschisti-
schen Kräfte." (alle Zitate aus Merkers Artikel
"Der Kampf gegen den Faschismus", in: Die Inter-
nationale, Mai 30)

Das Politbüro des ZK der KPD lehnte die super-"linke"
Theorie der Merker-Fraktion entschieden ab (Resolu-
tion vom 4./5. April 30). Hermann Remmele schrieb
dazu in der "Internationale" eine ausgezeichnete Arti-
kelserie (ab März 30).

Das hinderte aber nicht, daß falsche Auffassungen in
der Frage des Sozialfaschismus auch von der Führung
der KPD vertreten wurden. Ein Beispiel dafür ist
der Artikel Ernst Thälmanns "Einige Fehler in unserer
theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu
ihrer Überwindung" (in: Die Internationale, Nov. 31).
Thälmann befürwortet dort nach wie vor, "den Haupt-
stoß gegen die Sozialdemokratie als die soziale Haupt-
stütze der Bourgeoisie zu richten!" und kritisiert Kom-
munisten, die "vor den nationalsozialistischen Bäumen
den sozialdemokratischen Wald nicht sehen wollten".
Zu dieser Zeit hatten in Hamburg Wahlen stattgefunden,
die einen Zuwachs kommunistischer Stimmen, aber vor
allem Riesengewinne der Nazis gebracht hatten. Thäl-
mann macht daraus einen "Erfolg": "Wenn es richtig
war, daß der Kampf gegen den Faschismus in allerer-
ster Linie Kampf gegen die SPD ist und sein muß, dann
bedeutet der Erfolg gegenüber der Hamburger Sozial-
demokratie eben auch einen Erfolg gegenüber dem Fa-
schismus."

Derartige grobe Fehleinschätzungen hinderten die KPD,
die Arbeiterklasse rechtzeitig gegen die faschistische
Gefahr zu orientieren und die Spaltungs-Manöver der
SPD-Führung wirksam zu entlarven. Die KPD-Füh-
rung verbreitete allzu lange die Illusion, ob SPD oder
NSDAP sei "im Grunde Jacke wie Hose". Das erwies
sich bald als entsetzlicher Irrtum.
Der Unterschied zu den heutigen Leuchten der "Theo-
rie des Sozialfaschismus" ist allerdings: damals wa-
ren die "linken" Fehleinschätzungen eine Strömung der
Arbeiterbewegung, begründet in der Radikalisierung
der Massen durch Arbeitslosigkeit und Hunger, während
es sich heute um das verantwortungslose Treiben klein-
bürgerlicher Kommödianten handelt, die Theater in
historischen Kostümen zu spielen versuchen.
Daher war die KPD-Führung in der Lage, ihre Fehler
selbstkritisch einzuschätzen und zu korrigieren, wäh-
rend die Super-"Linken" aus alten Fehlern neue
"Theorien" basteln.

SPD "Hauptfeind"?

Die Super-"Linken" knüpfen an die Tatsache an, daß
die SPD ihren Beitrag zur Faschisierung des kapi-
talistischen Systems leistet. Also den Notstandsge-
setzen zugestimmt hat, die zu den Bürgerkriegs-
vorbereitungen der Kapitalisten gehören. Also es
übernommen hat, für den Umbau des "Bundesgrenz-
schutz" zur Bürgerkriegsarmee zu sorgen, die "Aus-
ländergesetze" zu verschärfen. Man kann sogar
sagen, daß der Sozialdemokratie der einfachste
Selbsterhaltungswille fehlt, sodaß die SPD zum Schutz
der NPD und der "Aktion Widerstand" Polizei aufmar-
schieren läßt.

Klar ist auch, daß einige pseudo-"linke" Demagogen
in der SPD und den Gewerkschaften eine besonders
üble Rolle spielen, indem sie den Kampf der Ar-
beiterklasse gegen den Faschismus zu führen vorgeben,
nur um ihm dann umso besser die Spitze abbrechen
zu können und die Arbeiter in die Irre zu führen.

Aber die Super-"Linken" schließen daraus, daß die
SPD die Partei sei, die die Interessen des Mono-
kapitals am besten vertritt, besser als die
"kleinbürgerlich-reaktionäre" CDU/CSU.
Die Super-"Linken" fordern uns auf, "den Haupt-
stoß gegen den Sozialdemokratismus, gegen die
sozialfaschistischen Führungsschichten, gegen die
gemäßigten gutbürgerlichen Funktionäre und ganz
besonders gegen die 'linken' Demagogen" zu richten.
Die SPD sei "der Hauptfeind".

Spiel mit verteilten Rollen

Das westdeutsche Monopolkapital hat die SPD in
den Vordergrund geschoben, um sich im Wettlauf
des internationalen Kapitals um den "sozialistischen"
Markt einen vorteilhaften Platz zu sichern.
Sicher hätte es den Polen einen sehr schlechten Ein-
druck gemacht, den Uralt-Nazi Kiesinger im War-
schauer Getto knien zu sehen. Dem Sozialdemokraten
Brandt dagegen wird diese Geste geglaubt. Daß in
den einmal freiwillig das größtensinnige
"Deutschlandlied" gespielt werden würde ("Von der
Maas bis an die Memel..."), auch das war nur mit
dieser Regierung möglich.

Der Ideologe des westdeutschen Imperialismus,
Franz Josef Strauß, hat dieses Manöver so beschrie-
ben: "Erst mit einer geschlossenen politischen Kon-
zeption, die uns ein zielbewußtes Spiel mit verteil-
ten Rollen gestattet, kommen wir ... in die Lage,
auf eine Auflockerung gegenüber dem Osten hinzu-
arbeiten ..." (Strauß, Entwurf für Europa, Stutt-
gart 1966, S. 8).

Die "Rolle" der SPD/FDP-Regierung ist indessen
zeitlich befristet. Bei den Kapitalisten ist jetzt
schon das Frühjahr 1971 als Termin für den Sturz
dieser Regierung im Gespräch. Der westdeutsche
Imperialismus hat weder die "deutschen Ostgebiete
unter polnischer Verwaltung" noch die Rückeroberung
der DDR aufgegeben. Wenn die Zeit reif ist
- d.h. wenn der westdeutsche Imperialismus stark
genug ist - wird er zu anderen Mitteln greifen, und
die SPD wird dabei ebensowenig die Partei sein,
auf die sich das Monopolkapital dann stützt, wie
die Verträge mit der Sowjetunion und der VR Polen
noch etwas wert sein werden.

Super - "Linke" stiften Verwirrung

Die SPD als "Hauptfeind" auszugeben, das lenkt nur
von den Verbrechen der Kapitalisten ab. So schrieb
etwa die Zeitschrift "Rote Fahne" vor einigen Mona-
ten eine große Überschrift "Diese Männer tragen die
Verantwortung" und setzte dazu die Bilder von Brandt,
Schiller und Möller, anlässlich der Festsetzung der
10%igen Lohnsteuervorauszahlung ("Konjunkturzu-
schlag"). Das war in der Tat eine extrem arbeiter-
feindliche Maßnahme, aber gerade deshalb sind die
Kapitalisten so sehr daran interessiert, die "Verant-
wortung" dafür - wie auch für die steigenden Preise
und Mieten - der SPD in die Schuhe zu schieben.

Die Super-"Linken" werfen munter alles, was sich
außerhalb ihrer Reihen bewegt, in einen Topf und
stellen sogar die DKP auf eine Stufe mit der NPD.
1929 war es in der Tat so, daß man meinen konnte,
die Faschisierung hätte mit der Ermordung von 30
Arbeitern durch die Zörgiebel-Polizei am 1. Mai in
Berlin bereits einen kaum noch zu überbietenden
Höhepunkt erreicht. Der reale Faschismus, die Zer-
schlagung der deutschen Arbeiterbewegung seit 1933,
ging dann allerdings weit über alles Vorstellbare
hinaus.

Der Arbeiterklasse kann es durchaus nicht gleichgül-
tig sein, wenn jetzt die SPD/FDP-Regierung durch
eine Regierung der Rechtsradikalen abgelöst würde.
Die SPD trägt zwar selbst wesentlich dazu bei, daß
die Kapitalisten von der "liberalen" zur faschistischen
Herrschaftsform übergehen können; damit die Kapi-
talisten aber ihre faschistische Diktatur ausüben
können, werden sie nicht nur die revolutionäre Avant-
garde des Proletariats, die kommunistischen Organi-
sationen, zerschlagen, sondern auch die Sozialdemo-
kratie und alle anderen Organisationen, die als noch
so unvollkommene Stützpunkte der Arbeiterklasse
dienen könnten. Der Faschismus steht im schärfsten
Widerspruch auch zur Sozialdemokratie.

Ausgerechnet nach den bitteren, schmerzhaften Er-
fahrungen der deutschen Arbeiterbewegung ist es
eine antikomunistische Dreistigkeit, den Wider-
spruch zwischen Sozialdemokratie und Faschismus
zu leugnen und neue "Theorien des Sozialfaschismus"
auszubrüten. Die Gefährlichkeit dieser "Theorien"
besteht darin, daß die Super-"Linken" die Sozialde-
mokratie zum "Hauptfeind" der Arbeiterklasse er-
klären. Gefährlich nicht deshalb, weil sich die Ar-
beiter auf derartige "Theorien" einlassen würden.
Sondern gefährlich deshalb, weil sie 1. von Kapi-
talisten und Arbeiterverrättern zur Diffamierung der
Kommunisten benutzt werden und 2. zeitweise Teile
der fortschrittlichen Intelligenz beeinflussen und
davon abhalten, ihre Fähigkeiten in den Dienst der
Sache der Arbeiterbewegung zu stellen.

Schon Hermann Remmele hat 1930 richtig darauf hin-
gewiesen, daß der Super-"Linkismus" nur ein umge-
stülpter Brandierismus, ein umgestülpter Rechts-
opportunismus ist. Rechte und "linke" Theorien
laufen in gleicher Weise darauf hinaus, die Herstel-
lung der Einheit der Arbeiterklasse unter Führung
der kommunistischen Partei gegen die Kapitalisten-
klasse zu erschweren.

"Zwei Fraktionen" der Kapitalistenklasse?

Den Vogel schießen wieder einmal die Super-"Linken" um die Zeitschrift "Roter Morgen" ab. Sie haben sich so sehr ins Gestrüpp ihrer eigenen Phantastereien verrannt, daß sie überall "Sozialfaschismus" zu entdecken glauben, selbst in der DDR - die ganz reale faschistische Gefahr, die vom westdeutschen Imperialismus ausgeht, aber nicht zu erkennen vermögen. Daß die Arbeiterklasse es für angeraten halten könnte, dem Sturz der SPD/FDP-Regierung durch die Rechtsradikalen nicht passiv, tatenlos zuzusehen, ist schon fast ein Verbrechen in den Augen der Super-"Linken".

In Artikeln der Zeitschrift "Roter Morgen" wird ganz ernsthaft behauptet, es gäbe "zwei Fraktionen" der Monopolbourgeoisie, von denen sich die eine hauptsächlich auf die CDU/CSU, die andere dagegen auf die SPD stützen würde. Das ist eine Verwechslung des von den Kapitalisten aufgebauten Scheinbildes ("parlamentarisches Zweiparteiensystem") mit der Realität.

Hat es denn 1918 "zwei Fraktionen" der Kapitalisten gegeben, von denen die eine sich dem Versailler Friedensdiktat unterwerfen wollte, die andere dagegen nicht? Nein, sondern die Kapitalistenklasse insgesamt lehnte das Diktat ab, wußte aber andererseits, daß ihr gar nichts anderes übrig blieb angesichts der damaligen Kräfteverhältnisse als die Unterzeichnung. Das wurde dann der SPD zugeschoben. Und kann man sich heute eine Gruppe westdeutscher Imperialisten vorstellen, die es prinzipiell ablehnen würden, auch auf dem "sozialistischen" Markt Maximalprofit zu machen? Nein, und ebenso wenig gibt es andererseits eine "Fraktion", die zugunsten des "Ostgeschäftes" den kapitalistischen Weltmarkt und die Ausbeutung der unterdrückten Völker vernachlässigen würde. Elmar Altvater gibt für Anfang 1970 folgende Aufteilung des westdeutschen Exports an: 35% in die wichtigsten kapitalistischen Länder, 13% in "Entwicklungsländer" und ganze 4,5% in den "Ostblock" (SoPo, März 70, S. 19). Diese Zahlen sind auch nicht beliebig veränderbar, trotz des DKP-Märsches vom "Ozean des Absatzes", den der westdeutsche Imperialismus angeblich in Osteuropa vorfindet. Das macht klar, daß die Kapitalisten das "Ostgeschäft" herzlich gern mitnehmen, zumal am Ende des fünften Nachkriegs-Booms. Das "Ostgeschäft" ist aber nicht beliebig ausdehnbar, um daraus eine langfristige kapitalistische Strategie in Form des vom "Roten Morgen" erfundenen "osteuropäischen Weges" herleiten zu können.

Klare Antwort bei Lenin

In "Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung" hat Lenin diese Frage bereits 1910 grundsätzlich geklärt: "Wäre die Taktik der Bourgeoisie immer gleichförmig oder zumindest immer gleichartig, so würde die Arbeiterklasse rasch lernen, sie mit einer ebenso gleichförmigen oder gleichartigen Taktik zu beantworten. In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald

einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Unterstützung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unversöhnlichen Ablehnung von Reformen ... Die zweite Methode ist die Methode des "Liberalismus", der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw. Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage." Lenin zitiert dann Pannkoek, daß die "liberalere" Politik jedenfalls die "schlauere" sei und stellt fest: "Die Zickzackwege der bürgerlichen Taktik haben eine Stärkung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung zur Folge und führen nicht selten die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung bis zur direkten 'Spaltung'."

Wir sehen hieran erneut, wie Rechts- und "Links"-Revisionismus zwar aus ganz verschiedenen Richtungen zu kommen scheinen, aber letzten Endes beim selben Ergebnis landen: der Verwechslung von "zwei Systemen des Regierens" mit angeblichen "zwei Fraktionen" der Kapitalistenklasse.

Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten

Ohne ihre grundsätzliche Kritik am Sozialdemokratismus, an der arbeiterfeindlichen Politik der SPD-Führung abzuschwächen, vertreten die Kommunisten die Aktionseinheit aller Antifaschisten und lehnen die Theorie vom "Hauptstoß gegen die SPD" entschieden ab.

Das super-"linke" Gerede vom "Hauptstoß gegen die SPD" ist nur geeignet, vom Hauptfeind - der Kapitalistenklasse - abzulenken und den spalterischen Manövern der SPD-Führung Vorschub zu leisten.

Wir haben keine Illusionen über die Bereitschaft der SPD-Führung, am antifaschistischen Kampf teilzunehmen. Daran werden auch weitere Angebote der DKP an die SPD-Führung nichts ändern. Die SPD-Führung wird aber auch mit Verboten und Ausschluss-Verfahren das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten nicht verhindern können.

"Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Kommunisten die unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteien stehenden Massen für sich gewinnen müssen, daß sie die Linken und die in der Mitte Stehenden in den sozialdemokratischen Parteien, die gewillt sind, gegen das einheimische Monopolkapital und die Kontrolle durch die ausländischen Imperialisten zu kämpfen, gewinnen und mit ihnen im täglichen Kampf der Arbeiterbewegung und im Kampf für die Erhaltung des Weltfriedens auf Massenbasis beruhende gemeinsame Aktionen unternehmen müssen. ... Die proletarischen Parteien in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern müssen sich bei der Leitung revolutionärer Kämpfe ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren. Zu gleicher Zeit müssen sie sich mit allen Kräften, mit denen Einklang möglich ist, zusammenschließen und eine breite Einheitsfront gegen das Monopolkapital, gegen die Aggressionen und Kriegspolitik des Imperialismus bilden." (Vorschlag der KP Chinas zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, 14. Juni 1963)

ZUR LAGE IN CHILE

Am 24. Oktober 1970 bestätigte das chilenische Parlament Salvador Allende, der als Kandidat der "Volksfront" (Unidad Popular) bei den Präsidentschaftswahlen vom 4. September die meisten Stimmen des chilenischen Volkes auf sich vereinen konnte. Allende ist Nachfolger des bisherigen Präsidenten Eduardo Frei, der als Vertreter der "Christdemokratischen Partei" seit 1964 die Regierung führte. Wie seit Jahrzehnten fast jede Regierung, so war auch die Frei mit großartigen Versprechungen und Reformprogrammen angetreten. Nach sechsjähriger Amtszeit war aber weder die Bodenreform entscheidend vorangetrieben worden, noch hatte Frei es gewagt, die US-amerikanischen Kupfergesellschaften zu verstaatlichen, die nach wie vor den Reichtum des Landes - die zu den größten der Erde zählenden Kupfervorkommen - ausbeuten und allein von 1964 bis 1969 Profite in Höhe von insgesamt 1,2 Milliarden US-Dollar aus dem Land schafften. Im Vergleich zu dem Zeitraum von 1959 bis 1964 bedeutet das fast eine Steigerung um das Doppelte.

Vor dem Hintergrund des völligen Abwirtschens der Frei-Regierung, die sich 1964 mit der großsprecherischen Ankündigung nichts weniger als eine "Revolution in Freiheit" durchführen zu wollen die Stimmen der chilenischen Massen erschlichen hatte, vor dem Hintergrund des anwachsenden Widerstandes der chilenischen Massen, der sich in zunehmenden Demonstrationen, Streiks und blutigen Auseinandersetzungen der armen Bauern mit den bewaffneten "Agrar-Kommandos" ausdrückt, die von den Großgrundbesitzern aufgestellt wurden, um sich der Inbesitznahme des den armen Bauern zugehörigen Landes gewaltsam zu widersetzen; kurz vor dem Hintergrund des anwachsenden Kampfes der Massen gegen die Bewahrer der alten Ordnung mußten letztere hinnehmen, daß die chilenischen Massen einer "Volksfront" ihre Stimmen gaben, die gebildet wurde aus: der "Kommunistischen Partei Chiles", der "Sozialistischen Partei Chiles", der "Radikalen Partei" - einer bürgerlich liberalen Partei -, der "Einheitlichen Volksaktion" - einer von den Christdemokraten abgesplitterten Gruppierung -, der "Unabhängigen Volksaktion" sowie der "Sozialdemokratischen Partei Chiles".

Ökonomische Situation

Obwohl Chile auf Grund seines Reichtums an Bodenschätzen - dominierende Rolle spielt das Kupfer, von dem schätzungsweise 34% der gesamten Weltreserven unter chilenischen Boden lagern - und auf Grund der günstigen Bedingungen für eine entwicklungsfähige Landwirtschaft - nur ein Drittel des vollwertigen Ackerbodens wird bebaut - zu einem der reichsten Länder des lateinamerikanischen Kontinents gehört, ist in den letzten Jahren ein rascher Verfall der Wirtschaft des Landes und eine rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen der chilenischen Massen zu verzeichnen.

Erste Ursache dafür ist die einseitige und rücksichtslose Ausplünderung der chilenischen Kupfervorkommen sowie anderer Bodenschätze durch die US-Konzerne. Die chilenischen Kupferminen stehen zu 85% unter Kontrolle der amerikanischen Imperialisten. Die Entwicklung einer organischen Wirtschaftsstruktur, d.h. u.a. eine allseitige Industrialisierung, wurde bisher vernachlässigt. So haben die US-Konzerne bzw. ihre chilenischen Tochtergesellschaften Kenecott - Copper - Corporation und die Anaconda - Gesellschaft im letzten halben Jahrhundert mit einer Anfangsinvestition von 3,5 Mio. Dollar aus den chilenischen Kupferminen einen Profit von insgesamt 5 Mrd. Dollar herausgepresst - also weit mehr als das Tausendfache der Anfangsinvestitionen. Der Abfluß fast des gesamten Gewinns erklärt, warum in Chile trotz so gewaltiger Kupferproduktion die Investitionen für eine umfassende Industrialisierung bisher fehlen. Dabei produzierte Chile 1969 687 000 t Kupfer. In diesem Jahr ist mit einer Jahresproduktion von 865 000 t zu rechnen und für das Jahr 1971 ist eine Steigerung auf 1,2 Mio. t raffinierten Kupfers geplant. Damit würde Chile zum größten Kupferproduzenten und Exporteur der Welt werden, zumal von der Jahresproduktion des Jahres 1969 nur 20000 t = 2,9% im eigenen Land verarbeitet wurden.

Die zweite Ursache für die permanente Krise der chilenischen Wirtschaft ist in den halbfeudalen Verhältnissen der chilenischen Landwirtschaft zu suchen, wo eine kleine Gruppe von Großgrundbesitzern herrscht, die über ca. 80% aller landwirtschaftlich nutzbaren Ländereien verfügt.

Die Großgrundbesitzer haben unter dem Vorwand, den Anreiz für Produktionssteigerungen verstärken zu müssen, Preiserhöhungen ihrer Produkte durchgesetzt. Unter dem gleichen Vorwand fordern und erhalten sie hohe Staatskredite, 36% aller Kredite entfallen auf die Landwirtschaft, wovon die Latifundisten sich den größten Anteil gesichert haben. Diese Kredite werden dann größtenteils nicht in der Landwirtschaft, sondern im eigenen Land oder im Ausland in Branchen mit höheren Profitraten angelegt. So entwickelt sich eine Interessensverwicklung und -verflechtung zwischen Latifundisten und der ausländischen und inländischen Monopolbourgeoisie.

Trotz der den Latifundistenbesitzern gewährten Privilegien geht die landwirtschaftliche Produktion weiter zurück. Von 1952 bis 1962 um 20% bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 2,6%. So entwickelte sich Chile seit 1940 von einem Lebensmittel exportierendem Land zu einem Land, das Nahrungsmittel importieren muß. Es wurden allein 1964 160 Mio. Dollar für den Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausgegeben, während im gleichen Zeitraum die Einnahmen aus ihrem Export nur 39 Mio. Dollar betrugen. Bleibt allein für 1964 ein Passivsaldo von 121 Mio. Dollar. In den letzten 14 Jahren gab das Land für den Import von Nahrungsmitteln über 1 Mrd. Dollar aus.

Von den 74 Mio. ha, die Chile umfaßt, sind 30 Mio. ha landwirtschaftlich nutzbar. Diese 30 Mio. ha teilen sich in 21 Mio. ha Wald, 6 Mio. ha vollwertiges Ackerland und der Rest ist als Weide geeignet. Von den 6 Mio. ha Ackerland werden aber nur ein Drittel = 2 Mio. ha bewirtschaftet.

Die unrationelle Nutzung des für landwirtschaftlich Produktion geeigneten Bodens ist dem System des Grundbesitzes geschuldet, das gekennzeichnet wird durch die Konzentration riesiger Ländereien in den Händen weniger

Großgrundbesitzer. Von 350 000 auf dem Land lebenden Familien sind 185 000 solche von Pächtern, Halbpächtern oder Landarbeitern ohne Grund und Boden. 53 % aller chilenischen Bauern besitzen kein Land.

Von 185 000 Familien mit Grundbesitz verfügen 127 000 über ein Bodenstück, das gerade ausreicht zur Unterhalt einer Familie oder kleiner ist. So entsteht das Problem der Minifundien, die für den Unterhalt der sie bewirtschaftenden Familie nicht ausreicht.

Daneben verfügen 6326 Großgrundbesitzer über nahezu 75 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen und Weiden, die zudem noch auf dem fruchtbarsten und am besten bewässerten Boden des Landes liegen.

Nationale Bourgeoisie und Reformen

Der Einfluß der Großgrundbesitzer und der amerikanischen Imperialisten auf die ökonomische Lage und die politischen Verhältnisse des Landes hat sich bisher unüberwindlich erwiesen. Unter diesem Einfluß wurde bisher jede Bodenreform verhindert oder mußte zumeist Fetzen Papier werden. Ebenfalls konnte jede konsequente Nationalisierung der unter US - amerikanischer Kontrolle stehenden Kupferminen hintertrieben werden.

Von den drei Hauptgruppen, in die man die chilenische Bourgeoisie einteilen könnte, - die proimperialistische, die kompromißlerische und die kleinere und mittlere Bourgeoisie - ist nur die letztere bedingt an Reformen interessiert. Doch ist dieser Teil der Bourgeoisie in Chile wie in ganz Lateinamerika äußerst schwach und hat in keinem Land des Kontinents lange regiert. In einigen Ländern Lateinamerikas hat sich dieser Teil der Bourgeoisie überhaupt noch nicht formiert. Sein Erstarken ist in Chile auf Grund des dominierenden Einflusses der Imperialisten und der Latifundisten von schier unüberwindlichen Hindernissen gehemmt.

Aber auch dieser Teil der nationalen Bourgeoisie hat in erster Linie die Klassenherrschaft der gesamten Bourgeoisie im Auge. Nicht zu vergessen ist die unleugbare Tatsache, daß die nationale Bourgeoisie - selbst dort, wo sie die Macht hat - auch "bürgerliche" Reformen immer nur halbherzig betreibt und sie nie konsequent zu Ende führt. Immer wieder bleibt die Reform auf halbem Wege stecken und in Augenblicken, in denen die Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft für gesichert hält, ist sie schnell bereit, die Reformen wieder zurückzunehmen. Auch Reformen sind und bleiben im Wesentlichen Ergebnisse des Klassenkampfes. Sie werden errungen durch die Kampfbereitschaft und das entschlossene Vorgehen der Massen und können auch nur dadurch gesichert sein.

Sobald sich im "zivilisierten Europa", wo die nationale Bourgeoisie schon lange die Macht hat, die Massen jede noch so geringe Verbesserung ihrer Lage hart erkämpfen müssen, ob es sich dabei um den Achtstundentag, das "streikrecht" oder das "Recht" handelte, sich in ihren Gewerkschaften organisieren zu können.

Immer dann jedoch, wenn die Arbeiterbewegung schwach war oder ihre Führung nicht bereit war, die Massen in den Kampf zu führen, dann konnten die Kapitalisten sich leisten - auch im "zivilisierten Europa" - alle möglichen Reformen zurückzunehmen. So haben die Kapitalisten 1933 den Arbeitern ihre Kommunistische Partei zerschlagen, den Gewerkschaften ging es nicht anders usw.

Es ist deshalb sehr gefährlich und naiv, auf die Reformwilligkeit, welchen Teils der Bourgeoisie auch immer, nur die geringsten Hoffnungen zu setzen.

Der Pseudoreformismus oder die Reformdemagogie der Kapitalistenklasse

Bis zur Ablösung Frei's durch Allende war in Chile der Teil der Bourgeoisie an der Macht, den man als den kompromißlerischen bezeichnen könnte, d.h. jener Teil der Bourgeoisie, der an großen - nationalen wie auch gemischten - Industriegesellschaften interessiert ist und die engen Bindungen zur latifundistischen Wirtschaft nie verloren hat. Dieser Teil der Bourgeoisie hat feste Positionen in den einheimischen Monopolen, kann und will aber die Fesseln des US-Imperialismus nicht sprengen.

Ungeachtet der Unfähigkeit und des fehlenden Willens zur Durchführung echter Reformen, betrieb die herrschende Klasse Chiles seit Jahrzehnten eine Politik, die die Massen immer wieder mit Reformversprechungen zu trösten versuchte. Hinter dem Gerede der Liberalen und Revisionisten von der "demokratischen Tradition" Chiles verbirgt sich die Tatsache, daß die herrschende Klasse mit der Methode scheinbarer "Zugeständnisse" und nie eingelöster Reform-Versprechungen besonders gut vertraut ist. Die wesentlichen Eigenschaften des chilenischen Pseudo-Reformismus sind in folgenden Punkten gegeben:

1. aufgrund der engen Verbindungen der kompromißlerischen Bourgeoisie mit dem Großgrundbesitz, blieb die immer wieder angekündigte "Agrar-Reform" jedesmal auf dem Papier. Weder wurde die Herrschaft der Großgrundbesitzer beseitigt noch die halbfeudalen Verhältnisse auf dem Dorf. So läuft die "Agrar-Reform" im Grunde auf ein großes Geschäft mit Grund und Boden oder auf eine Aus-Händigung von Dokumenten über Grundbesitz an landlose Bauern hinaus. Aus diesem Geschäft erwachsen den Bauern alle möglichen neuen Verpflichtungen bei staatlichen Kredit-Instituten, während die Großgrundbesitzer die fruchtbarsten und am besten bewässerten Ländereien für sich behalten.
2. die pseudo-reformistische Bourgeoisie ist eng und vielseitig mit dem US-Imperialismus verbunden. Ernsthafte Schritte in Richtung auf eine nationale Industrialisierung unterbleiben. Indem dem Eindringen ausländischen Kapitals zumindest kein Widerstand entgegengesetzt wird, wird das Wachstum einer nationalen Akkumulation verhindert. Selbst wenn vorübergehend Industrien "nationalisiert" wurden, gelangten sie über kurz oder lang wieder unter die Kontrolle des US-Kapitals.

3. Was die sozial-ökonomischen Aktivitäten der pseudo-reformistischen Bourgeoisie betrifft, so treten drei - ihrem Wesen nach gleichermaßen volksfeindliche - Maßnahmen hervor: Geldentwertung, - die Inflationsraten der letzten Jahre betrugen in Chile: 1964 = 48%, 1965 = 25,4%, 1966 = 20%, und für 1970 wird eine Inflationsrate von 30% erwartet. Steuer-Erhöhlungen und US-Anleihen zu sehr hohen Zinssätzen. Die Folge sind Preis-Steigerungen - so stiegen in den letzten Jahren die Ausgaben der chilenischen Bevölkerung für Nahrungsmittel jährlich um durchschnittlich 45% - , Absinken des Real-Lohns, wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmende Wohnungsknappheit. Tausende landloser Bauern strömten in die Slums der großen Städte. In den Slums der Hauptstadt leben inzwischen über eine halbe Million Menschen, von denen etwa 80% arbeitslos sind. Dazu kommt die kaum zu erfassende Unterbeschäftigung auf dem Lande. So sind die armen Bauern und Landarbeiter im Durchschnitt nur 188- 200 Tage im Jahr beschäftigt. Die Steuer-Erhöhlungen und die US-Anleihen werden von einem sich ständig weiter ausdehnenden Staatsapparat verschlungen. Die Staatsbürokratie wuchs in den letzten Jahren um 30% an, und 24% des National-Haushalts werden für Löhne und Gehälter der Staatsbürokratie verausgabt. Die Zinsen und Tilgungsraten der Auslandsschulden haben astronomische Höhen erreicht.

Kontinuität der Reformdemagogie

Seit Jahrzehnten wird den chilenischen Massen vorgegaukelt, daß der einzige Weg aus dem Dilemma, in dem sich Chile befindet, die Reform und nicht die Revolution sei. Die "Chilenisierung" des Kupfers ist immerhin seit 1910 im Gespräch, "Agrar-Reformen" werden seit 40 Jahren regelmäßig angekündigt. Immer dann, wenn das Volk der leeren Versprechungen müde war, wurden von der herrschenden Klasse einige Änderungen durchgeführt oder zugelassen, die bei einer Wieder-Stabilisierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse wieder zurückgenommen wurden, wenn sie nicht ohnehin im Ansatz steckengeblieben waren.

Die neue Regierung nennt sich "Volksfront". Auch damit hat Chile seine Erfahrungen. Im Jahr 1938, als eine besonders schwere Krise die Klassenherrschaft der Bourgeoisie bedrohte, gab es bereits einmal eine "Volksfront"-Regierung aus Demokraten, Radikalen, Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaften. Als sich 1941 die Lage stabilisierte, ließen die Sozialisten durch ihr Ausscheiden die "Volksfront" platzen.

1946 war es wieder soweit. Es gab die zweite "Volksfront"-Regierung. Führer war damals ein Vertreter der Radikalen Partei, Gonzales Videla. Die Kommunistische Partei erhielt drei Ministerposten. 1948 warf Videla die KP aus der "Volksfront"-Regierung. ließ die Partei verbieten.

Die erste "Volksfront" war auf Betreiben der KP Chiles zustande gekommen; schon 1934 hatte die KP Chiles die "Volksfront" propagiert. Auch die zweite "Volksfront" wurde von der KP Chiles als "großer Sieg" gefeiert und brachte ihr das Verbot und löstjährige Illegalität ein.

Keine der beiden bisherigen "Volksfront"-Unternehmen hat die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten gestärkt, sondern nur der Konsolidierung der bürgerlichen Klassenherrschaft gedient, und zwar in Situationen, da die reaktionären Kräfte abgewirtschaftet hatten und die bis dahin angewandten Mittel zur Kontrolle der Massen nicht mehr wirksam waren. Die "Volksfront"-Regierungen beschränkten sich darauf, im Rahmen des Pseudo-Reformismus zu bleiben: viel zu versprechen, aber nichts zu halten. Von der "langjährigen demokratischen Tradition Chiles" und dem bürgerlichen Pseudo-Reformismus ließ sich auch die KP Chiles anstecken, sodaß sie selbst nach zweimaliger Erfahrung unbekümmert den "friedlichen Weg" vertritt, statt den Schutz der bürgerlich-demokratischen Revolution ("Agrar-Reform", "Nationalisierung des Kupfers") durch die bewaffnete Arbeit erkläre zu propagieren und die Unzulänglichkeit der bürgerlich-demokratischen Revolution aufzuzeigen.

Klassenbasis und Klassencharakter der dritten "Volksfront"

Die jetzige dritte "Volksfront" Chiles besteht aus sechs verschiedenen Parteien. Die Klassenwidersprüche in Chile, die durch die verschiedenen Parteien vertreten sind, bestimmen auch die Politik und den Charakter der "Volksfront". Daß Allende sich selbst als "Marxist" bezeichnet und auch die KP Chiles dem nicht widerspricht, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Kleinbürgertum, und nicht die Arbeiterklasse, in dieser "Volksfront" die Führung hat. Die Interessen der Arbeiterklasse, des Landproletariats und der armen Bauern sind durch die reformistische KP Chiles in der "Volksfront" nur höchst unzulänglich vertreten.

Die Aktionsfähigkeit der "Volksfront" und der Charakter der zu erwartenden Reformen werden außerdem dadurch eingeschränkt, daß die "Volksfront" auf die Unterstützung der Christdemokratischen Partei Frei's angewiesen ist, die ihrerseits die pseudo-reformistische Bourgeoisie vertritt. Allende hat nur 36% der Stimmen erhalten, sodaß es letzten Endes bei der pseudo-reformistischen Bourgeoisie liegt, ihn entweder gewähren zu lassen oder zu stürzen. Dies gilt jedenfalls, solange die "Volksfront"-Regierung sich auf die Armee, statt auf die Kraft der bewaffneten Arbeiterklasse verläßt. Da die "Volksfront"-Regierung "nach der Verfassung" regiert, also für ihre Reformen und Gesetze auf eine Mehrheit im Parlament angewiesen bleibt, muß sie sich auf das für die Christdemokraten, d.h. die pseudo-reformistische Bourgeoisie akzeptable Maß beschränken.

So entlarvt sich der angebliche "neue Weg" Chiles als Fortsetzung der alten Reformdemagogie im neuen Gewand, mit der die herrschende Klasse Chiles einen Ausweg aus der seit Jahren sich verschärfenden Krise suchen. Daß die pseudo-reformistische Bourgeoisie auch Demagogie mit "sozialistischen" Vorzeichen zuläßt, ist nach den bisherigen zwei "Volksfronten" nichts wirklich neues.

Daß sich aber die Bourgeoisie nicht allein auf die Wirkung des Pseudo-Reformismus verläßt, zeigen die Vorkehrungen, die sie bereits jetzt getroffen hat. Angesichts der realen Gefahr eines Militärputsches sowie einer Intervention des US-Imperialismus oder der brasilianischen und argentinischen Militär-Regime, die "kein zweites Cuba" zulassen wollen, ist die Haltung Allendes und der ihn stützenden KP Chiles verantwortungslos, die die Bewaffnung der Arbeiterklasse ablehnen.

(wird fortgesetzt)

14. Tagung des ZK der SED

Vom 9. bis 11. Dezember fand die 14. Tagung des ZK der SED statt. Walter Ulbricht berichtete über die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Paul Verner erstattete den Bericht des Politbüros

Willi Stoph erläuterte den Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1971. Stoph wies darauf hin, daß am wirtschaftlichen Wachstum der DDR "die einzelnen Klassen und Schichten sehr unterschiedlich beteiligt" seien. Stoph kündigte für 1971 Lohnerhöhungen für 1, 7 Mio. Arbeiter und Steuererhöhungen für mehrere private und halbprivate Bereiche an.

Erich Honecker berichtete über den Umtausch der Parteidokumente. Honecker setzte sich mit illusionären Einschätzungen der Bonner "Neuen Ostpolitik" auseinander und stellte nachdrücklich fest, "daß sich zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD ein objektiver Prozeß der Abgrenzung und nicht der Annäherung vollzieht."

REDE VON WILLI STOPH (Kurze Zusammenfassung)

Stoph ging zunächst auf die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 66-70 ein. In dieser Zeit stieg das Nationaleinkommen von 84 auf rund 108 Milliarden Mark/DDR. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 5,2%.

Die Gesamtinvestitionen stiegen von 20,5 auf 32,6 Mrd. Mark, d.h. um 59%. Damit wurde die im Perspektivplan 66-70 festgelegte Investitions-Summe in der Industrie mit 2,9% und in der Landwirtschaft/Nahrungsgüterwirtschaft mit 19,6% übererfüllt.

Die industrielle Warenproduktion der DDR erhöhte sich in dieser Zeit um 37%. Das entspricht dem Planziel. Die Produktivitätssteigerung erfolgte fast ausschließlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Das höchste Entwicklungstempo aller Industriebereiche erreichten die Elektro-Technik, die Elektronik und der wissenschaftliche Gerätebau mit einem Produktionszuwachs von 58%. Die chemische Industrie steigerte ihre Warenproduktion gegenüber 1965 um fast 50%. Hohe Zuwachsraten verzeichneten die für die Chemisierung der Volkswirtschaft besonders wichtigen Zweige: die Chemiefaserproduktion wurde etwa verdoppelt, die Herstellung von Platten erhöhte sich um über 75%. Bei einzelnen wichtigen Platten wurden die Planziele jedoch nicht erreicht.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten gab es 66-70 auch in einigen Zweigen des Maschinenbaus: Steigerung des Landmaschinenbaus um 63%, des Chemieanlagenbaus um 119% und der Feinmechanik/Optik um 81%.

Die Entwicklung der Volkswirtschaft wurde beeinträchtigt durch die Nichterfüllung der Ziele des Perspektivplans für die Elektroenergie-Erzeugung, zumal sich der Bedarf rascher als vorgesehen entwickelte. Im Bereich der Landwirtschaft erhöhte sich die Marktproduktion tierischer Erzeugnisse planmäßig um 20%. In der pflanzlichen Produktion konnten die Planziele, insbesondere auf Grund der äußerst ungünstigen Witterungsbedingungen 69/70 nicht voll erreicht werden.

Die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Bau-Industrie wurde nicht erreicht, wodurch auch die Planziele im Wohnungsbau und Schulneubau nicht voll erreicht wurden.

Der Einzelhandelsumsatz liegt 1970 um 13 Mrd. Mark höher als 65. Das Angebot an Industriewaren erhöhte sich um 28%. Das Angebot an Nahrungs- und Genussmitteln erhöhte sich um 24% und übertrifft damit den geplanten Zuwachs.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen blieb hinter der Entwicklung des Gesamt-Lebensstandards zurück.

Stoph ging dann auf den Entwurf des Volkswirtschaftsplans 1971 ein. Das produzierte Nationaleinkommen soll gegenüber 1970 um 4,9% steigen, also etwas niedriger sein als im Durchschnitt 66-70. Die Arbeitsproduktivität soll um 5,4% wachsen. Dem Planentwurf liegt zugrunde, daß sich die industrielle Warenproduktion um 5,6% und die individuelle Konsumtion um 2,7% erhöhen.

Der Entwurf für 71 sieht außerordentlich hohe Exportziele vor, um die notwendigen Importe von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, kompletten Anlagen und Automatisierungsmitteln zu sichern. Die Exporte in das sozialistische Wirtschaftsgebiet sollen um 14,1%, in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet um 25,2% gesteigert werden.

Der Anteil des Außenhandels mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern am Gesamtaußenhandel der DDR soll 1971 etwa 74% betragen.

Entsprechend dem kontinuierlichen Wachstum des Nationaleinkommens der DDR konnten in den letzten Jahren die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung planmäßig verbessert werden.

Daran sind jedoch die einzelnen Klassen und Schichten sehr unterschiedlich beteiligt. In einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft bestehen Widersprüche zwischen der Leistung der Werktätigen einerseits und ihrem Einkommen bzw. Lohn andererseits. Der Ministerrat hat daher beschlossen, die Mindestlöhne ab 1. März 1971 zu erhöhen; davon sind etwa 1,5 Mio. Werktätige betroffen. Lohnerhöhungen sind ferner vorgesehen für etwa 600 000 Werktätige im öffentlichen Dienst (Post, Eisenbahn, Gesundheitswesen und Schulwesen).

Ab Anfang 1971 ist eine stärkere Belastung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Privateigentümer vorgesehen. Es handelt sich dabei um die Erhöhung der Einkommenssteuer für nichttätige Gesellschafter, die Erhöhung der Besteuerung bestimmter Berufsgruppen freiberuflich Tätiger, Erhöhung der Besteuerung des privaten und halbprivaten Handwerks, Aufhebung des Gewinnausgleichs in Betrieben mit staatlicher Beteiligung und Einführung einer Produktionsfondssteuer. Die bestehenden Vergünstigungen auf dem Gebiet der Finanzierung des Baus von Eigenheimen (zinslose und nicht zurückzahlbare staatliche Darlehen) werden aufgehoben.

REDE VON ERICH HONECKER (Auszug)

Zwischen Sozialismus und Imperialismus kann es keine Annäherung geben

Unsere Genossen und mit ihnen alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wissen aus eigener Erfahrung, daß über 20 Jahre hinweg von der Regierung der BRD unter Führung der CDU/CSU in offen revanchistischer Weise ein rücksichtsloser Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik geführt wurde, um uns zu schädigen und schließlich den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu liquidieren. Deshalb ist klar, daß wir es begrüßt haben, als die offenen Revanchisten von der Regierung in Bonn abtreten mußten. Aber wir kennen natürlich auch die Ursachen dieser Entwicklung. Das Großkapital in der BRD hatte begriffen, daß die von der CDU/CSU praktizierte Politik gescheitert war, und suchte nach einer veränderten, dem neuen Kräfteverhältnis angepaßten Taktik, um die alten Ziele doch noch verwirklichen zu können.

Darüber wurde in zahlreichen Parteiversammlungen offen diskutiert. Unsere Genossen haben sich jedenfalls den klaren Blick nicht vernebeln lassen. Sie haben erkannt, daß die Regierung der BRD bei einer gewissen realistischen Haltung, die durchaus positiv zu bewerten ist, mit ihrer Formel von der sogenannten "Einheit der Nation" und dem "besonderen innerdeutschen" Charakter der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ihre Spitze nach wie vor darauf richten, die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundfesten der Deutschen Demokratischen Republik zu erschüttern. Die Parole von den "innerdeutschen Sonderbeziehungen" ist nichts anderes als ein modifizierter Ausdruck von Revanchismus, denn sie zielt letztlich auf die früher mit anderen Mitteln nicht erreichte Unterordnung der DDR unter die imperialistische BRD. Aber daraus ist bisher nichts geworden und wird auch in Zukunft nichts werden.

Wer von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Klassenkampf ausgeht, der weiß, daß es zwischen Sozialismus und Imperialismus nichts gemeinsames

und deshalb auch keine Annäherung geben kann. Das betrifft die Systeme, und das betrifft gleichermaßen die Staaten, die diese Systeme repräsentieren. Die Feststellung, daß sich zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD ein objektiver Prozeß der Abgrenzung und nicht der Annäherung vollzieht, ist deshalb sowohl für die Politik als auch für die ideologische Arbeit unserer Partei von großer prinzipieller Bedeutung.

In dieser Frage haben wir eine feste Position. Unsere Politik ist auf die weitere allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, auf die immer engere Kooperation und Integration in die sozialistische Staatengemeinschaft gerichtet. Wer wollte erwarten, daß uns unsere Feinde dafür loben würden! Unsere Genossen - und dies haben die Versammlungen und Aussprachen bewiesen - durchdenken die Frage der Abgrenzung zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD bis zu Ende.

Soviel ist sicher: Wenn man in Bonn bei der Festlegung der Politik immer noch von der Fiktion einer angeblichen "Einheit der Nation" ausgeht, dann hat das mit Realismus nichts zu tun und ist letztlich zu Ergebnislosigkeit verurteilt.

Sozialdemokratismus bedeutet Entwaffnung der Arbeiterklasse

Wir sollten uns gerade gegenwärtig jener Feststellung Lenins erinnern, mit der er einmal darauf hinwies, daß es Zeiten geben kann, da man nicht so ohne weiteres erkennt, wer der Freund und wer der Feind ist. Eben um das zu erreichen - um leichtgläubigen Menschen einen Wandel des Kapitalismus und seiner Politik vorzutäuschen - tritt uns der Imperialismus heute in einem anderen Gewand als früher gegenüber. Zu den neuen Erscheinungsformen imperialistischer Politik, die aus der Anpassung an das zugunsten des Sozialismus veränderte internationale Kräfteverhältnis herrühren, gehört heute in der Politik und in der Ideologie vor allem der Sozialdemokratismus.

Er ist in seinem Wesen die Verneinung der Notwendigkeit einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse, einer Partei neuen Typus, unter deren Führung die Arbeiterklasse den Imperialismus überwindet, selbst die politische Macht ergreift und den Weg zum Sozialismus beschreitet. Der Sozialdemokratismus bezweckt das Gegenteil. Er bedeutet Entwaffnung der Arbeiterklasse, Spaltung ihrer Reihen, Auslieferung der Arbeiterklasse an die bürgerliche Ideologie. Er verfolgt das Ziel, die Arbeiterklasse in das imperialistische System zu integrieren, den Kapitalismus vor Erschütterungen zu bewahren und auf dem Feld der Außenpolitik die Machtausdehnung des Imperialismus zu betreiben.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes der SPD in der BRD lassen in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel offen, zumal von dieser Seite immer wieder mit Nachdruck betont wird, man wolle im Grunde nur besser als die konservativen Kräfte dazu beitragen, dem Kapitalismus über seine Gebrechen hinwegzuhelfen und den Kommunismus zu bekämpfen.

Der Unterschied zwischen den konservativen Kräften im Dienste des Monopolkapitals und den Vertretern des Sozialdemokratismus besteht erklärtermaßen darin, daß beide Richtungen mit unterschiedlicher Taktik und unterschiedlichen Methoden im Dienste der gleichen imperialistischen Zielsetzung handeln. Der Parteivorsitzende der SPD selbst hat dazu ein ganz aktuelles Beispiel beigegeben. Zur gleichen Zeit, da Führungsgremien der SPD erklärten, es gäbe keinerlei Aktionseinheit mit den Kommunisten gegen die ultrarechten Kräfte, äußerte er, daß man gegenüber den konservativen Kräften der BRD keine ideologische Kluft aufreißen dürfe.

Die Genossen unserer Partei - das wurde in den jüngsten Mitgliederversammlungen immer wieder zum Ausdruck gebracht - fühlen sich angesichts der Zuspitzung des ideologischen Kampfes aufs engste mit den kommunistischen Genossen in der BRD verbunden und versichern sie aufs neue ihrer Sympathie und Solidarität.

SPD / FDP - Regierung finanziert ihre eigenen Totengräber

Im Bundesjugendplan sind für 1971 113 Millionen Mark vorgesehen. Ab 1. Januar gelten für die Vergabe der Gelder aus dem "Bundesjugendplan" neue Richtlinien. Danach sollen nur noch Organisationen Geld erhalten, die für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" und die "parlamentarisch-repräsentative Willensbildung" eintreten.

Kein Geld erhalten nach wie vor kommunistische und andere linke Jugend-Organisationen. Kein Geld erhält auch der Verband Deutscher Studentenschaften, die Organisation der westdeutschen Studenten. Dagegen unterstützt die Regierung von der CDU aufgelegene Splitter-"Studentenverbände", die kaum noch jemand außer ihren Vorstandsmitgliedern vertreten.

Das stärkste Stück ist aber, daß die SPD/FDP-Regierung rechtsradikale Gruppen finanziert, die nicht nur die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" ablehnen, sondern die offene Kriegshetze betreiben. Rund 200 000 Mark aus dem "Bundesjugendplan" erhält die "Deutsche Jugend des Ostens", einer der Hauptträger der "Aktion Widerstand". 150 000 Mark sind für den revanchistischen Vertriebenenverband (BdV) vorgesehen. 8000 Mark soll die neo-faschistische Terror-Organisation "Witko-Bund" erhalten, der offene Mordhetze nicht nur gegen Kommunisten, sondern auch gegen Mitglieder der gegenwärtigen Regierung betreibt ("Brandt an die Wand!").

Mit ihrer Finanzierungspolitik macht die SPD-Führung klar, was wir von ihren Sprüche-Klopffereien zu halten haben, sie würden "dem Rechtsradikalismus entgegen-treten", - nämlich gar nichts! Die SPD/FDP-Regierung betrachtet die rechtsradikalen Jugendorganisationen im Gegenteil als Stütze der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung".

Das macht auch klar, was die Regierung unter "freiheitlich-demokratische Grundordnung" versteht.

Ablehnung der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten - aber Finanzierung der Rechtsradikalen - das paßt verteuelt gut zusammen!

Rechtsradikale wollen noch mehr Einfluß im Bayerischen Rundfunk

"Nirgends klappt zwischen dem politischen Willen des Volkes... und der Meinung der Nachrichtenmonopole eine solche Kluft wie in Bayern.", behauptete vor einigen Monaten der "Bayern-Kurier", Organ von Straußens rechtsradikaler CSU. Im Klartext: die vom Bayerischen Rundfunk vertretene Meinung entspricht nicht genügend der der CSU. Wie inzwischen bekannt, hat aber Franz Josef Strauß in einem Gespräch mit befreundeten Kapitalisten am 29. November zugesichert, es wolle sich "um den Bayerischen Rundfunk kümmern".

Dieses "Kümmern" sieht so aus, daß 1970:

- der konservative Helmut Oeller zum Super-Direktor für das bayerische Fernsehen gemacht wurde
- der CSU-Mann Rudolf Mühlhens zum Fernseh-Chefredakteur gemacht wurde
- der auf CSU-Linie eingeschworene Klaus Stephan zum Moderator des politischen Fernseh-Magazins "Report München" gemacht wurde.

Nach dem Fernsehen wollen die Rechtsradikalen in Bayern nun auch den Rundfunk völlig unter Kontrolle bringen und in den Dienst ihrer Propaganda stellen.

Als neuen Rundfunk-Chef sieht die CSU ihr Mitglied Josef Othmar Zöller vor, Mitglied des einflußreichen katholischen Geheim-Bundes "Opus Dei" (= "Werk Gottes") und persönlicher Vertrauter von Franz Josef Strauß.

Zur Unterstreichung des Anspruchs der Rechtsradikalen nach noch mehr Einfluß hat die von der CSU aufgelegte "Aktion Funk und Fernsehen" die Forderung nach einer Änderung des Rundfunkgesetzes in Bayern erhoben, um die Einrichtung eines völlig dem Willen der Rechtsradikalen entsprechenden Privatsenders zu ermöglichen.